

Verband für Esalen® Massage und Körperarbeit Deutschland e.V.

Satzung (Stand 08.12.2007)

§1: Name, Sitz, Geschäftsjahr

Der Name des Vereins ist

„Verband für Esalen® Massage und Körperarbeit Deutschland“.

Der Vereinssitz ist Düsseldorf.

Das Kalenderjahr ist das Geschäftsjahr.

Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen.

Der Verein ist bundesweit tätig. Er kann sich in Landes- oder Ortsverbänden organisieren.

Der Verwaltungssitz kann vom Vereinssitz abweichen und wird von der Mitgliederversammlung bestimmt.

§2: Vereinsbeschreibung und Vereinszweck

2.1. Vereinsbeschreibung

Der „Verband für Esalen® Massage und Körperarbeit Deutschland“ ist eine Vereinigung von Menschen in Deutschland, welche Esalen®-Massage und Esalen®-Körperarbeit praktizieren oder sich in Ausbildung zum Esalen®-Practitioner befinden. Er ist konfessionell und parteipolitisch ungebunden und ist unabhängig vom Esalen®- Institut in Kalifornien und von Einrichtungen, Institutionen und Personen, welche Esalen®-Massage unterrichten. Er dient der öffentlichen Gesundheitspflege durch die Verbreitung der Esalen®-Massage.

Esalen®- Massage ist entstanden am Esalen®-Institut in Kalifornien. Durch Einflüsse von KörpertherapeutInnen, wie z.B. Charlotte Selver, Ida Rolf, Moshe Feldenkrais, Milton Trager, Dr. Randolphe Stone, Gabrielle Roth oder Fritz Perls, die ihr Wissen dort weitergegeben haben, entstand eine tiefgründige und ganzheitliche Methode der Körperarbeit.

Charakteristisch für die Esalen®- Massage sind u. a. lange und integrierende Streichungen sowie passive Gelenkbewegungen, welche ein Gefühl von Ganzheit vermitteln. Esalen®- Massage führt durch Integration neu erfahrener Sinnes-, Körper- und Selbstwahrnehmungen zu Entspannung und Wohlbefinden. Sie dient der Gesundheitsvorsorge und kann als therapiebegleitende Maßnahme eingesetzt werden.

2.2. Der Vereinszweck ist

2.2.1. die Förderung und Verbreitung von Esalen®- Massage in der Öffentlichkeit, Öffentlichkeitsarbeit auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge sowie die Forschung auf dem Gebiet von Massage, Körperarbeit, und artverwandten, ganzheitlichen Ansätzen der Körperarbeit oder anderen therapeutischen Verfahren.

2.2.2. die Förderung, Ausarbeitung und Aufrechterhaltung von professionellen Maßstäben bei der Aus- und Weiterbildung und Ausübung der Esalen®- Massage.

2.2.3. die Ausarbeitung von ethischen Richtlinien für die Ausübung der Esalen®-Massage.

2.2.4. die Organisation von Fortbildungs- und Supervisionsveranstaltungen in Körperarbeit und Massage.

2.2.5. die Zusammenarbeit mit den nationalen und internationalen Ausbildungsstätten für Esalen®-Massage zu fördern.

2.2.6. die Vertretung der Interessen der Vereinsmitglieder gegenüber deutschen Behörden und anderen Organisationen.

2.2.7. Der Verein kann sich unter Wahrung seiner Selbständigkeit durch Beschluss seiner Mitgliederversammlung anderen Organisationen anschließen, sofern dies seinen Interessen förderlich ist

§3: Gemeinnützigkeit.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§4: Mitgliedschaft

4.1. Ordentliche Mitglieder

Ordentliche Mitglieder können sein:

4.1.1. Esalen®-Practitioner mit einer abgeschlossenen Ausbildung in Esalen®-Massage. Sie haben das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung und sind in ein Vereinsamt wählbar.

4.1.2. Personen, die sich in einer Ausbildung zum Esalen®-Practitioner befinden. Sie haben Stimmrecht in der Mitgliederversammlung, sind aber nicht in ein Vereinsamt wählbar.

4.2. Fördermitglieder

Andere natürliche und juristische Personen können den Status eines fördernden Mitglieds ohne Stimmrecht in der Mitgliederversammlung erlangen.

4.3. Ehrenmitglieder

Die Mitgliederversammlung kann für besondere Verdienste Ehrenmitglieder ernennen. Ehrenmitglieder sind nicht beitragspflichtig und haben kein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung.

4.4. Rechte der Mitglieder:

Alle Mitglieder haben das Recht zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung sowie zur Ausübung des Antrags-, Auskunfts- und Rederechts.

Mitglieder haften nur mit dem Vereinsvermögen.

4.5. Erwerb der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft für ordentliche Mitglieder steht jederfrau / jedermann offen und beginnt mit Beginn einer Esalen®-Massage-Ausbildung (Level 1) und der Zahlung des Vereinsbeitrages.

Die Mitgliedschaft für fördernde Mitglieder beginnt mit der Zahlung des Vereinsbeitrages.

Ein Aufnahmeantrag ist schriftlich an den Vorstand zu richten.

Über einen Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Bei Ablehnung des Aufnahmeantrags ist der Vorstand nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe hierfür mitzuteilen.

4.6. Ende der Mitgliedschaft

4.6.1. Die Mitgliedschaft erlischt für ordentliche Mitglieder durch Tod des Mitglieds, durch freiwilligen Austritt oder durch Ausschluss aus dem Verein. Der freiwillige Austritt aus dem Verein kann nur zum Ende des Kalenderjahres erfolgen. Die schriftliche Austrittserklärung muss bis Ende Oktober dem Vorstand zugegangen sein.

4.6.2. Für fördernde Mitglieder erlischt die Mitgliedschaft durch Tod oder durch schriftlich dem Vorstand gegenüber erklärten Austritt. Die Frist beträgt zwei Monate zum Ende des Geschäftsjahres

4.6.3. Der Ausschluss eines Mitgliedes kann vom Vorstand beschlossen werden, wenn das Mitglied die Ziele oder das Ansehen des Vereins dauerhaft schädigt. Der Beschluss eines Vereinsausschlusses ist dem Mitglied zusammen mit einer Darlegung der Ausschlussgründe vom Vorstand schriftlich durch eingeschriebenen Brief an die zuletzt dem Verein mitgeteilte Adresse zuzustellen. Gegen den Beschluss kann binnen einer Frist von vier Wochen ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses Berufung eingelegt werden, welche schriftlich per eingeschriebenen Brief an den Vorstand zu richten ist. Bei rechtzeitiger Berufung hat der Vorstand innerhalb von zwei Monaten die Mitgliederversammlung zur Entscheidung darüber einzuberufen. Geschieht dies nicht, gilt der Ausschließungsbeschluss als nicht erlassen. Wird keine Berufung oder diese nicht rechtzeitig eingelegt, gilt dies als Anerkennung des Vereinsausschlusses, so dass die Mitgliedschaft als beendet gilt.

4.6.4. Ein Mitglied kann zudem auf Vorstandsbeschluss vom Verein ausgeschlossen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrages im Rückstand ist. Der Ausschluss ist dem Mitglied durch eingeschriebenen Brief an die zuletzt dem Verein bekannt gegebene Adresse mitzuteilen.

4.6.5. Bei Ausschluss oder Austritt erlischt jeder Anspruch auf das Vereinsvermögen. Die Rückzahlung von Beiträgen ist ausgeschlossen. Mitglieder haften nur mit dem Vereinsvermögen, sofern das Gesetz nichts anderes vorsieht.

4.7. Haftung

Mitglieder haften nur mit dem Vereinsvermögen, sofern das Gesetz nichts anderes vorsieht.

§5 Mitgliedsbeiträge

5.1. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge wird von der Mitgliederversammlung festgelegt.

5.2. Der Jahresmitgliedsbeitrag ist zum 01.03. jeden Jahres fällig.

5.3. Für Beitritte wird der anteilige Jahresmitgliedsbeitrag fällig.

5.4. Der Vorstand kann in ihm geeignet erscheinenden Fällen Beiträge ganz oder teilweise erlassen oder stunden.

§6 Organe

Der Verein hat folgende Organe:

- die Mitgliederversammlung
- den Vorstand
- RechnungsprüferInnen
- ständige oder zeitweilig bestehende Arbeitsgruppen

Alle Ämter werden als Ehrenamt ausgeübt.

§7 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Gremium des Vereins. Die Übertragung der Ausübung des Stimmrechtes ist nicht zulässig.

7.1. Aufgaben der Mitgliederversammlung

Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung gehören unter anderem:

- Die Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung
- Die Wahl bzw. Abberufung sowie die Entlastung des Vorstandes und des/r KassenswartIn
- Festlegung der Vereinsrichtlinien
- Beschlussfassung über Anträge von Mitgliedern und dem Vorstand
- Satzungsänderungen
- Regelung von Verfahrensweisen (u.a. Wahlordnung, Abstimmungsmehrheiten, schriftliche Abstimmungen)
- Verabschiedung des Haushaltes
- Festlegung der Mitgliedsbeiträge

- Wahl der RechnungsprüferInnen
- Entscheidung über Mitgliedschaft in anderen Verbänden
- Ernennung von Ehrenmitgliedern
- Ort und Datum der nächsten Mitgliederversammlung
- Erteilung rechtsverbindlicher Vollmachten
- Auflösung des Vereins

7.2. Beschlussfähigkeit

Die Mitgliederversammlung ist nach ordnungsgemäßer Einberufung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der ordentlichen Mitglieder anwesend sind. Sind weniger als die Hälfte der ordentlichen Mitglieder anwesend, kann die Mitgliederversammlung erneut und zeitlich unmittelbar darauf einberufen werden, sie ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.

Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit gefasst, hierbei kommt es auf die Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen an, Enthaltungen bleiben außer Betracht. Satzungsänderungen bedürfen einer $\frac{3}{4}$ Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Eine Veränderung des Vereinszwecks bedarf einer $\frac{3}{4}$ Mehrheit aller Mitglieder.

7.3. Einberufung

Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt. Dies kann auch in einem Zweijahresturnus geschehen, wenn die Versammlung es beschließt. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand schriftlich im Vereinsorgan (z.B. Vereinszeitung), sofern vorhanden, auf dem Postweg oder- falls möglich- per E-mail einberufen. Dies muss bis spätestens vier Wochen vor dem Termin der Mitgliederversammlung geschehen. Zusammen mit der Einladung werden auch die Tagesordnungspunkte bekanntgegeben. Anträge zur Tagesordnung können von jedem Mitglied eingebracht werden und müssen dem Vorstand acht Wochen vor dem Termin der Mitgliederversammlung vorliegen.

7.4. Beschlussfassung

Zu Beginn der Versammlung ist ein Versammlungsleiter zu wählen und es kann die Liste der Tagesordnungspunkte und Anträge ergänzt werden; ausgenommen hiervon sind Anträge, die eine Satzungsänderung oder die Auflösung des Vereins betreffen. Diese müssen in der schriftlichen Einladung zur Mitgliederversammlung rechtzeitig und ausdrücklich bekannt gegeben werden.

Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn $\frac{1}{3}$ der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.

7.5. Protokollierung

Über den Verlauf der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu fertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Es wird im Vereinsorgan, sofern vorhanden, veröffentlicht oder den Vereinsmitgliedern auf anderem Weg schriftlich oder per E-Mail bekannt gemacht.

7.6. Außerordentliche Mitgliederversammlung

7.6.1. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung kann schriftlich einberufen werden:

- auf Beschluss des Vorstandes, wenn das Interesse des Vereins es erfordert.
- auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten Mitglieder.

7.6.2. Bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung können nur Beschlüsse zu Themen gefasst werden, welche bei der Einberufung vorher angekündigt wurden.

7.6.3. Eine Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung bedarf einer Frist von mindestens vier Wochen.

§8 Vorstand

8.1. Zusammensetzung des Vorstandes

Vorstand im Sinne von §26 BGB sind die/der Vorsitzende und die/der stellvertretende Vorsitzende. Jeder von Ihnen ist alleine vertretungsberechtigt.

Der erweiterte Vorstand besteht aus der/m Vorsitzenden, der/m stellvertretenden Vorsitzenden, der/m KassenwartIn und der/m SchriftführerIn.

8.2. Aufgaben des Vorstandes

Dem Vorstand obliegt die gesetzliche Vertretung und die Geschäftsführung des Vereins. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht einem anderen Organ durch Satzung zugewiesen sind. Zu seinen Aufgaben zählen ins besonders

8.2.1. die Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Ausarbeitung der Tagesordnung.

8.2.2. die Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung

8.2.3. die Vorbereitung eines etwaigen Haushaltsplanes, die Buchführung, die Erstellung eines Jahresberichtes sowie die Vorlage der Jahresplanung.

8.2.4. die Beschlussfassung über Aufnahmeanträge und Ausschlüsse von Mitgliedern.

8.2.5. die Information der Mitglieder über seine Aktivitäten.

8.2.6. die Einberufung von Arbeitsgruppen zur Erledigung von besonderen Aufgaben.

8.3. Wahl des Vorstandes

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Vorstandsmitglieder können nur ordentliche Mitglieder des Vereins werden. Die Mitglieder des Vorstandes werden für einen Zeitraum von einem Jahr gewählt. Der Vorstand bleibt bis zu einer Neuwahl im Amt.

Mit Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt als Vorstand.

8.4. Sonstiges

8.4.1. Der Vorstand handelt streng im Sinne der Vereinsinteressen.

8.4.2. Eine ordentliche oder außerordentliche Mitgliederversammlung kann den Vorstand vorzeitig abwählen.

§9 Rechnungsprüfung

Die Mitgliederversammlung wählt zwei RechnungsprüferInnen, welche die Kassengeschäfte des Vereins auf rechnerische Richtigkeit überprüfen. Eine Überprüfung hat mindestens einmal im Jahr zu erfolgen, über das Ergebnis ist der Jahreshauptversammlung zu berichten. RechnungsprüferInnen dürfen keine Vorstandsmitglieder sein.

Die Mitgliederversammlung kann auch eine offizielle Stelle, z.B. eine/n SteuerberaterIn, mit der Prüfung der Bücher beauftragen, wodurch die Wahl der RechnungsprüferInnen entfällt.

§10 Arbeitsgruppen

Es können von der Mitgliederversammlung und/oder vom Vorstand Arbeitsgruppen eingerichtet werden zur Wahrnehmung ständiger oder zeitweiliger Sonderaufgaben. Die Arbeitsgruppen sind verpflichtet, dem Vorstand jederzeit auf Anfrage Bericht zu erstatten.

§11 Auflösung des Vereins

Zur Auflösung des Vereins bedarf es einer Mehrheit von 4/5 aller Stimmberechtigten auf einer Mitgliederversammlung. Das Vorhaben der Auflösung muss in der Einladung zur Versammlung ausdrücklich angekündigt worden sein.

Im Falle der Auflösung wird das Vereinsvermögen einer Bank zu treuen Händen zur Verwahrung übergeben. Das Vermögen fällt an eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine steuerbegünstigte Körperschaft, die das Vermögen ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke im Sinne der in §2 dieser Satzung dargelegten Vereinszwecke zu verwenden hat. Die Bestimmung hierfür obliegt dem Vorstand. Die Beschlüsse des Vorstandes über die künftige Verwendung des Vereinsvermögens sind mit dem Finanzamt abzustimmen.